



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/169 - 31.7.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Adenauers Augustbesuch in USA	S. 1
Der EEE droht	S. 2
Österreichs Währungssituation	S. 3
Zur Erhöhung der Altrenten	S. 4

American Legion als Vorwand

sp - Nach seinem mehrwöchigen und für ihn so erfolgreichen Amerika-Aufenthalt im vorigen Jahr wird Bundeskanzler Dr. Adenauer auch in diesem Jahr die Vereinigten Staaten besuchen, freilich nur für zwei Stippvisiten von je 48 Stunden, so hieß es bisher jedenfalls unwidersprochen. Die äußeren Anlässe sind konventionell: Ende Oktober handelt es sich um die Verleihung der Ehrendoktorwürde der Columbia - Universität, Ende August um einen Vortrag vor der American Legion, dem amerikanischen Frontkämpferverband. Besonders dieser Vortrag ist nichts als Vorwand für den eigentlichen Zweck: high-level-talks, wie "New-York Herald Tribune" schreibt, Gespräche also auf höchster Ebene, d.h. mit Präsident Eisenhower, seinem Außenminister und wohl auch anderen hohen Beamten der Administration zu führen.

Die Besuche bekommen ihr besonderes Profil durch den Zeitpunkt, zu dem sie stattfinden, vor allem der erste Ende August, während der zweite schon vor längerer Zeit festgesetzt worden war. Der Hinweis, die Reise werde in Bonn vorerst noch in keinem Zusammenhang mit irgendwelchen politischen Absichten gesehen, da sich im Augenblick noch nicht übersehen lasse, welchen Verlauf die europäische Politik bis dahin nehme - dieser Hinweis wirkt recht naiv. Denn gerade diese Unübersichtlichkeit der politischen Gesamtsituation und die daraus resultierende Unsicherheit des Bundeskanzlers über das, was nun weiter werden wird, sind der eigentliche Grund

für seinen Sprung über den Ozean. Das trifft für den Stand der EWG-Angelegenheit ebenso zu, wie für das Verhältnis der Westmächte untereinander, wie schließlich für den größeren Bereich der Beziehungen zwischen dem Westen und dem Osten. In allen diesen Fragen ist die Entwicklung nicht so gelaufen, wie es den Wünschen des Kanzlers entsprochen hätte. Und er ist gewiß nicht der Mann, der nicht versuchen würde, sie wieder in eine Richtung zu bringen, die er nun einmal für die richtige hält.

Französische Zeitungen bringen den plötzlichen Anschluß Adenauers in Zusammenhang mit der bekanntgewordenen Absicht des französischen Ministerpräsidenten Mendès-France, Eisenhower in Washington zu treffen. Die Kombination liegt in der Tat nahe, etwa im Sinne des alten deutschen Sprichwortes: Wer zuerst kommt, mahlt zuerst. (Aber möglicherweise wird das auch Herr Mendès-France sein..) Die Ende August wird außerdem auch vielleicht die Entscheidung der französischen Nationalversammlung über die EWG vorliegen. Vielleicht, denn ob die jetzt nun doch für die erste Augusthälfte in Aussicht genommene Präsidentscher EWG-Konferenz stattgefunden und ob sie eine geeignete Erklärung bringen wird, ist noch ungewiss. Sollte die Reise des Bundeskanzlers wirklich sozusagen in Konkurrenz zu seiner französischen Kollegen unternommen werden, so wäre das zumindest für das deutsch-französische Verhältnis gerade in seinem gegenwärtigen angespannten Zustand nicht gut. Da hat sich seit jenen vielzitierten Kanzlerinterview ohnehin genug neue Mißverständnisse zwischen Bonn und Paris angesammelt.

+ + +

Der Flock bockt

sp - Am Wochenende gab der BHE einen Transchuss an seine Koalitionsfrunde ab; man werde sich aus der Mitverantwortung zurückziehen, wenn nicht eine Reihe von Forderungen berücksichtigt würden. Der BHE ist mit seinen 27 Sitzen das Rückgrat an der Frage der zwei Drittel-Mehrheit der Bundesregierung. Von der Schlüsselposition hat er bisher keinen Gebrauch zu machen gewagt. Nun versucht er Verdrängtes nachzuholen. Minister Oberländer legt es vor allem um die Ausgaben-Seite des Lastenausgleichs, d.h. praktisch um den entscheidenden Einfluß auf die Lastenausgleichsbank und um die Verhinderung eines Wahlgesetzes, da dem BHE auch auf der Bundesebene das Licht auslösen könnte, so wie es in Nordrhein-Westfalen schon geschehen ist. Aber die Wirkung des jetzigen Aufbegehrens gegen das Schicksal des kleinen gemäßigten Vertriebenen auf die übrigen Regierungspartner soll man nicht überschätzen.

+ + +

Der "Alpendollar" - außen hart, innen weich

gb. Salzburg

In Österreich herrscht festliche Stimmung. Zwischen Salzburg und Bregenz gibt sich derzeit die internationale Welt, durchsetzt mit hervorragender Prominenz, ein Rendezvous. Nach den vielen sorgenschweren Wochen der "Sintflut" wärmt strahlende Sonne die Herzen der Gäste und läßt auch die Eingeborenen wieder frohsinniger in die Zukunft blicken. Auch in Wien scheint man in sehr gehobener Stimmung zu sein, denn die Nationalbank hat für 16. August 1954 wesentliche Erleichterungen im Devisenverkehr angekündigt.

Ursache: Der österreichische Schilling überschritt mit einer Gold- und Devisendeckung von über 66 Prozent das Deckungsverhältnis des alten "Alpendollars" um rund das Doppelte. Der sogenannte Alpendollar hatte im Jahre 1937 nur eine Deckung zu 43 Prozent, d.h. die Gold- und Devisenreserven betragen nur 403 Mio Altschilling. Die Gold-, Devisen- und Valutenvorräte weisen heute einen Betrag von 9455,5 Mio Schilling aus, wovon 327,5 Mio auf Gold und 9128 Mio auf Devisen und Valuten entfallen. Der Bestand an Gold stieg seit Beginn des Jahres 1954 um 226,7 Mio, der an Devisen und Valuten um 2072,2 Mio. Damit wurde ein Deckungsverhältnis erreicht, welches nur noch von der Schweiz übertroffen wird.

Der lebenskluge kleine Mann hat mit Staunen und ehrfurchtsvollem Schweigen von den Mitteilungen der Nationalbank Kenntnis genommen. Wenn ihn auch die Erhöhung des Devisenbestandes um mehr als 2 Milliarden in Halbjahresfrist und die Vermehrung der Goldreserven um eine Viertelmilliarde im gleichen Zeitraum beeindrucken, so steht er trotzdem diesen Riesensummen skeptisch gegenüber. Er hat dafür seine guten Gründe. Die praktische Lebenserfahrung sagt ihm, dass die Golddeckung der Banknoten für ihn nicht so wesentlich ist, wie die Bedarfsdeckung des Menschen. Er macht also die Wertschätzung des Schillings weniger davon abhängig, wie hoch er mit Gold gedeckt ist, sondern vielmehr davon, was er sich für einen Schilling kaufen kann. Und das ist der springende Punkt: der Schilling ist ein wirt-

schaftliches Kuriosum geworden. Gleichlaufend mit der äußeren Stabilisierung durch die wachsende Golddeckung, geht seine innere Entwertung durch dauernde Preiserhöhungen. Während also die Auslandskurse fest sind, verliert der Schilling mit jeder Erhöhung der Lebenskosten im Inland.

Der Leidtragende dieser seltsamen Entwicklung, die den Schilling außen "hart" und innen "weich" macht, ist der kleine Mann, der dadurch von der Exportkonjunktur und den preistreibenden Geldüberhang keineswegs profitiert. So erwartet er, dass die enormen Überschüsse sich endlich einmal preisgünstig auswirken und der neuen Situation der Nationalbank zu seinen Gunsten Rechnung tragen. Erst wenn Gold und Devisen in den Tresoren sich zu Gütern auf den Märkten realisieren und eine Preissenkung - beziehungsweise Preisstabilisierung - herbeiführen und damit den Schilling im Inland kaufkräftig machen, wird der kleine Mann den neuen harten Alpen-dollar ohne jeden Vorbehalt als wirtschaftlichen Fortschritt begrüßen.

+ + +

Fragen an Minister Storch

sp - Der von allen Altrentnern lang ersehnte und vom Bundesarbeitsminister Storch wiederholt angekündigte Gesetzentwurf zur Aufbesserung der Altrenten ist, wie verlautet, dem Kabinett zugeleitet worden. Eine endgültige Entscheidung über den Gesetzentwurf wird voraussichtlich erst nach der Rückkehr des Bundeskanzlers aus dem Urlaub gefällt werden. Rund 3,3 Mio Altrenten sollen mit einem Gesamtaufwand von 630 Mio DM aufgebessert werden. Der finanzielle Aufwand für die Aufbesserung soll, wie weiter bekannt wird, aus den Kassenüberschüssen der Sozialversicherungsträger gedeckt werden.

In diesem Zusammenhang ist notwendig, noch einmal kurz auf folgende Tatsachen hinzuweisen: Die vom Bundesarbeitsminister Storch seit kurzem vertretene Auffassung über die Finanzierung der Altrentenerhöhung durch die Inanspruchnahme der Kassenüberschüsse der Rentenversicherungsträger soll, wie aus diesen Meldungen ersichtlich ist, Wirklichkeit werden. Die Auffassung des Bundesarbeitsministers steht in einem erstaunlichen Widerspruch zu der von ihm am 11. Juni 1953

vor dem Bundestag gemachten Äußerung - damals hatte die Fraktion der SPD die Erhöhung der Grundbeträge gefordert - dass ein etwaiger jährlicher Überschuss der Rentenversicherungsträger unbedingt für spätere Rentenzahlungen benötigt werde, da sich schon im Laufe der nächsten fünf Jahre die Zahl der Beitragszahler verringere, die Zahl der Rentner jedoch erhöhen werde. Von Sprechern der Regierungsparteien wurde am 11.6.1953 erklärt, dass die Erhöhung der Rentenleistungen aus den Mitteln der Rentenversicherung gewissermaßen unverantwortlich gegenüber den Versicherten sei.

Die Auffassung des Bundesarbeitsministers über die Finanzlage der Rentenversicherungsträger hat sich also erstaunlich gewandelt. Noch im Juni vorigen Jahres hieß es also von Seiten des Ministers, die Überschüsse der Rentenversicherungsträger seien eine Bagatelle im Vergleich zu den zur wirtschaftlichen Sicherung für spätere Rentenleistungen benötigten Mitteln. Diese Mittel würden für die sich steigernde Zahl der Rentempfänger im Verlaufe der nächsten fünf Jahre benötigt. Diese Auffassung wurde von namhaften Vertretern der Regierungsparteien und der Rentenversicherungsträger ebenfalls vertreten.

Am 21. Mai 1954 jedoch, anlässlich der Debatte über die "Große Anfrage" der SPD über die Sozialreform, sprach der Minister von 1,2 Mrd. DM Kassenüberschüssen der Rentenversicherungsträger, die zur Anhebung der Altersrenten verwendet werden sollen. Schon in der Debatte am 21.5.1954 ist von den Sprechern der SPD-Bundestagsfraktion nachdrücklich gefragt worden, wie sich der Wandel in der Auffassung des Bundesarbeitsministers seit Juni 1953 erkläre. Der Herr Minister ist die Antwort schuldig geblieben.

Deshalb ist es notwendig zu fragen: Ist seine jetzige Auffassung über die Lage der Rentenversicherungsträger endgültig? Wird bei der kommenden Debatte über diesen Entwurf die von der SPD schon seit langem angeforderten Unterlagen über die wirkliche Lage der Rentenversicherungsträger vorlegen?

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau